

# Mehr für die Mehrheit!



**Wahlprogramm Stadtratswahl Pirmasens 2019**

# 100 Prozent Sozial - Programm Stadtratswahl Pirmasens 2019

## Vorwort

Wir wollen, dass Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Solidarität zu bestimmenden Werten, dass Ehrlichkeit, Durchschaubarkeit und Verlässlichkeit zu Leitgedanken einer neuen Politik werden. Soziale Sicherheit, Perspektiven für die junge Generation und die Erweiterung der demokratischen Mitbestimmung sind grundlegende Ziele der Politik, die wir realisieren wollen.

Wir wollen eine Gesellschaft, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, eine Gesellschaft des Miteinanders statt des Gegeneinanders, in der ein würdiges Leben aller ermöglicht wird. Ein Leben, zu dem ein Recht auf Arbeit gehört, ein Recht auf Wohnen, ein Recht auf Bildung, ein Recht auf soziale Sicherung, ein Recht auf Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben und ein Recht auf Gleichstellung.

Pirmasens ist eine Stadt extremer Gegensätze. In keiner rheinlandpfälzischen Stadt ist die Spaltung der Gesellschaft ausgeprägter als hier. Wer einen gut bezahlten Job hat, gut ausgebildet und nicht von Arbeitslosigkeit bedroht ist oder zu den Vermögenden gehört, kann in Pirmasens ein gutes Leben führen. Dem gegenüber stehen Kinder- und Altersarmut und Menschen, die seit vielen Jahren keiner bezahlten Arbeit nachgehen können oder prekär beschäftigt sind und kaum das notwendigste zum Leben haben. Weist man in Pirmasens auf diese sozialen Gegensätze und nennt die Probleme beim Namen, wird man als Nörgler und Nestbeschmutzer abqualifiziert.

Veränderung beginnt mit Opposition und Missstände müssen benannt werden. Denn jede Problemlösung beginnt mit der realistischen Darstellung der Problemursachen. Werden diese unter den Teppich gekehrt, ist der Weg zu einer Verbesserung der Situation von vorneherein verbaut. Deshalb wird DIE LINKE Pirmasens auch weiterhin den Finger in die Wunde legen und sagen, was ist. Wir sind das Sprachrohr und die politische Interessenvertretung für arme und finanzschwache Menschen in Pirmasens. Es ist ein verbreiteter Trugschluss, dass man mit Blick auf die durchaus positiven Entwicklungen der Stadt Pirmasens die Negativerscheinungen der sozialen Spaltung sozusagen ausgleichen könnte. Die Situation armer Menschen wird aber nicht dadurch besser, dass es anderen gut geht. Genauso verhält es sich mit dem Image der Stadt Pirmasens. Der Blick auf die schönen Seiten der Stadt blendet die hässlichen Seiten nur aus, aber sie werden dadurch nicht schöner. Wenn man das bundesweit verfestigte Bild der Stadt Pirmasens als „Armenhaus“ verbessern will, darf man deshalb nicht die Armen, sondern muss die Armut bekämpfen.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen einen informativen Blick in unser Wahlprogramm zur Stadtratswahl am 26. Mai 2019.

Eine Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für konsequente Sozialpolitik, für gute Löhne, für bürgernahe Stadtentwicklung, für die reale Gleichstellung der Geschlechter, für eine schnelle und nachhaltige Bekämpfung von Kinder- und Altersarmut, für einen bezahlbaren und gut ausgebauten ÖPNV, für gerechte Bildungspolitik, für öffentliches Eigentum, für echte Bürgerbeteiligung, für vollständige Transparenz im Verwaltungshandeln, für eine sozialökologische Energiewende, für konsequente kommunale Klimapolitik und für die gleichberechtigte Teilhabe aller am sozialen und kulturellen Leben der Stadt Pirmasens. Wir richten uns gegen Diskriminierung, gegen Ausgrenzung, gegen Rassismus und den aufkeimenden Nationalismus und wollen eine friedliche und solidarische Stadtgesellschaft.

**Je stärker DIE LINKE, desto sozialer die Stadt. Wir wollen mehr für die Mehrheit!**

Brigitte Freihold und Frank Eschrich, Vorsitzende DIE LINKE Pirmasens

# 1. Gute Arbeit, soziale Gerechtigkeit und Kampf gegen Armut und Hartz IV

Arbeits- und Sozialgesetze werden in Berlin und Mainz gemacht, Armut lässt sich kommunal nur bedingt an der Wurzel bekämpfen: Aber Kommunen sind auch Arbeitgeber und deswegen stimmen wir nur unbefristeten Einstellungen oder nachvollziehbar begründeten befristeten Einstellungen zu. Wir wollen, dass unsere Kommunen vorbildlich ausbilden. In Pirmasens arbeiten rund 9000 Menschen in Teilzeit oder Mini-Jobs. Das ist fast die Hälfte aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der Niedriglohnsektor ist seit 2003 um 83 Prozent angewachsen. Mit Gewerkschaften und Betriebsräten kämpfen wir solidarisch für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, bessere Arbeitsbedingungen und einen existenzsichernden Mindestlohn, der die Menschen vor Altersarmut bewahrt. Arbeitslosigkeit und Armut machen krank. Schon nach 3 Jahren ohne Job steigt die Sterblichkeitsrate der betroffenen Menschen um das Vierfache. Nicht umsonst weisen Städte wie Pirmasens mit hoher Arbeitslosenquote auch deutlich niedrigere Lebenserwartungen aus.

Die verheerenden Folgen von Armut bekämpfen und mildern wir vor Ort: Wir kämpfen für den Sozialpass, damit auch Kinder aus einkommensschwächeren Familien Sport-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen besuchen können. Alle kommunalen Kultur- und Freizeitangebote sollen für Kinder kostenlos nutzbar sein und für Geringverdienende stark ermäßigte Preise anbieten.

Wir wollen, dass der Schulbus endlich auch zur weiterführenden Schule und zur Berufsschule kostenlos ist und wir lehnen Strom- und Gassperren ab. Bei Zahlungsrückständen müssen die Sozialbehörden Lösungen finden, die die Betroffenen nicht im Dunkeln und Kalten lassen. Der Kampf gegen die Altersarmut bedeutet vor Ort, dass wir gebührenfreie Angebote für Seniorinnen und Senioren befürworten, die ihnen ein Leben in Würde ermöglichen. Dazu gehören der Erhalt bzw. Ausbau einer barrierefrei zugänglichen medizinisch-pflegerischen Infrastruktur, die Förderung von barrierefreien Mehr-Generationen-Häusern und gebührenfreie kulturelle und sportliche Angebote.

Mit dem System Hartz-IV wird sich DIE LINKE niemals abfinden. Hartz-IV ist der Super-Gau der deutschen Sozialpolitik. DIE LINKE fordert eine bedarfsgerechte, sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz-IV. Wir wollen einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit existenzsichernden Dauerarbeitsplätzen und tariflich geregelten Arbeitsbedingungen. Die skandalöse Unterdeckung des gesetzlich garantierten Existenzminimums durch nicht übernommene Kosten der Unterkunft im Sozialleistungsbezug muss endlich beendet werden. Arbeitsmarktpolitik wird nur erfolgreich sein, wenn sie auf Freiwilligkeit setzt, die Sinnhaftigkeit der angedachten Förderung klar ist und man sich auf Augenhöhe begegnet. Die Geschäftspraxis der Jobcenter muss durch kommunale Vorgaben geändert werden und die Würde des Menschen in den Mittelpunkt stellen. Aktive Beschäftigungsförderung kann nur gelingen, wenn die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gewährleistet ist und die Rahmenbedingungen stimmen. Gerade für Menschen, die Transferleistungen beziehen, ergeben sich hier finanzielle Hürden, die nur schwer zu überwinden sind. Das Sanktionsregime beim Bezug von SGB-II-Leistungen muss abgeschafft werden. Denn auch Sanktionen sind unzulässige Kürzungen des Existenzminimums. Bis es zu einer endgültigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts kommt, muss ein kommunales Sanktionsmoratorium erlassen werden.

**DIE LINKE Pirmasens leitet daraus folgende politische Forderungen auf kommunaler Ebene zur Verbesserung der Situationen betroffener Menschen ab:**

- Entwicklung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS), in welchem gesellschaftlich notwendige, gemeinnützige Arbeit im Sozial-, Bildungs- und Umweltbereich erledigt wird und existenzsichernde Dauerarbeitsplätze entstehen.

- Die berühmt-berüchtigten 3,58 Euro pro Quadratmeter sind durch den beharrlichen Einsatz der LINKEN nach 15 Jahren endlich gefallen und die Mietzuschüsse wurden deutlich erhöht! Ob damit die skandalöse Unterdeckung der Kosten der Unterkunft von rund 1 Million Euro jährlich behoben wird, wird weiterhin im Zentrum unserer politischen Arbeit vor Ort stehen!
- Ausbau von berufsqualifizierenden Umschulungs- und Weiterbildungsangeboten, die sich am örtlichen Bedarf orientieren.
- Einsatz von mehr qualifiziertem und unbefristet eingestelltem Personal im Jobcenter, um die Betreuungsquote pro Sachbearbeiter deutlich zu verringern.
- Einrichtung einer Ombudsstelle für Beschwerden von Transferleistungsbezieherinnen und -bezieher.
- Einrichtung eines Sozial-Monatstickets zu einem Preis, der höchstens dem Regelsatz für Mobilität entspricht (2018: 26,21 €).
- Kostenfreie Schülerbeförderung für alle Schulformen und Schularten
- Erlass der Hundesteuer für Sozialleistungsbezieher
- Sozialpass für ermäßigte Eintrittsgelder beim Besuch von Kultur-, Freizeit – und Sportangeboten für Sozialleistungsbezieherinnen und –bezieher, Geringverdiener sowie Rentnerinnen und Rentner mit geringer Altersrente
- Kommunale Schulbeihilfe für Schulkinder im Sozialleistungsbezug und Weihnachtsgratifikation für Sozialleistungsbezieherinnen und -bezieher
- Verbot von Strom-, Wasser- und Gassperren und die Einführung von Sozialtarifen im Energiebereich.
- Erlass von Verwaltungsgebühren für Sozialleistungsbezieherinnen und -bezieher bei städtischen Ämtern
- Kostenfreie Nutzung von Angeboten der Jugendpflege für Kinder von Sozialleistungsbezieherinnen und –bezieher
- Bessere Finanz- und Personalausstattung der Schuldnerberatung
- Die regelmäßige Erstellung eines öffentlichen Reichtums- und Armutsberichts durch die Kommune.

## **2. Demokratie erhalten: Kommunen finanziell stärken**

Geld ist nicht alles – aber ohne Geld bewegt sich vor Ort nicht viel. Unsere Kommunalpolitikerinnen und -politiker wehren sich deshalb gegen das immerwährende Kürzungsdiktat bei den kommunalen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger, die Streichungsorgien bei Schwimmbädern, Büchereien, Ferienfreizeiten oder der Unterstützung von Kultur- und Vereinsleben. Denn die Finanzmisere in unseren Kreisen und Städten lässt sich nur durch Sparen und Kürzen nicht lösen. Sieben der zehn höchstverschuldeten Kommunen in Deutschland liegen in Rheinland-Pfalz. Das Problem ist ein ganzes Stück hausgemacht: Denn auch die aktuelle rot-gelb-grüne Landesregierung weigert sich – so wie viele SPD-geführte Vorgängerregierungen - seit Jahren rechtswidrig, für eine auskömmliche Kommunalfinanzierung zu sorgen. Dadurch werden demokratische Rechte abgebaut, vor Ort gibt es kaum noch etwas zu entscheiden, wenn es Geld kosten würde. Solange dies so bleibt, werden wir fundamental dagegen sprechen: Streichhaushalten, die nur den wachsenden Mangel schlecht verteilen, aber keinerlei Perspektive bieten, stimmen wir nicht zu. Stattdessen befürworten wir einen Schuldenschnitt für höchstverschuldete Kommunen.

Wir wollen keine vordergründig sparsam kalkulierten kommunalen Haushalte, die sich nur an der „schwarzen Null“, nicht aber am Erhalt und dem Ausbau der kommunalen Infrastruktur und den Bedürfnissen des Gemeinwesens orientieren. Wir kritisieren die Allmacht der Kommunalaufsicht, die

von einem sinnvollen Instrument der Kontrolle gesetzlicher Vorgaben zum Vollstrecker des politischen Willens der Landesregierung geworden ist. Stattdessen befürworten wir eine auskömmliche und konjunkturunabhängige Finanzierung unserer Kommunen, die Planung und kommunale Selbstverwaltung endlich wieder ermöglichen. Dafür schlagen wir eine Gemeindefinanzsteuer vor, die das kaum durchschaubare System der Schlüsselzuweisungen und der kommunalen Steueranteile ersetzt.

Pirmasens ist wie viele andere Städte in einer Abwärtsspirale aus Überschuldung, Abwanderung und sinkender Attraktivität gefangen. Kassenkredite gelten als Kern der kommunalen Finanzkrise, weil sie ausschließlich der Liquiditätssicherung dienen. Sie wurden zum Symbol der zunehmenden Handlungsunfähigkeit der Städte und Gemeinden, da mit steigenden Kassenkrediten auch der Raum für Investitionskredite und damit Bau und Instandhaltung von Straßen, Schulgebäuden und sonstiger städtischer Infrastruktur immer enger wird. Aus der Spirale sinkender Handlungsfähigkeit und wachsender sozialer Probleme führt nur ein gesamtgesellschaftlicher Kraftakt heraus. Pirmasens hat über Jahrzehnte einen Schuldenberg von 400 Millionen Euro aufgebaut. Nicht deswegen, weil verantwortungslose Politiker Geld verschwendet haben, sondern weil die Folgekosten der Arbeitslosigkeit auf die Kommunen abgewälzt wurden. 80 Prozent der Pirmasenser Schulden stammen aus dem Sozialhaushalt. Der sogenannte Kommunale Entschuldungsfonds (KEF) ist gescheitert, denn die Verschuldung steigt seit Einführung 2012 trotzdem weiter an. Deshalb muss dem Verursacherprinzip endlich Rechnung getragen werden: Pirmasens braucht einen Schuldenschnitt, sofort! Die seit Jahrzehnten aufgelaufenen Schulden aus dem Sozialhaushalt müssen komplett von Bund und Land übernommen werden, denn die finanzielle Bewältigung der Sozialausgaben, die sich durch die Massenarbeitslosigkeit seit 1997 aufgetürmt haben, ist keine Angelegenheit der Kommune, sondern eine gesamtgesellschaftliche Pflichtaufgabe des Sozialstaats nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

Seit langem arbeiten Bund und Länder an einer Gemeindefinanzreform, aber bei bereits vollzogenen Aufgabenzuweisungen bleiben die Städte, Gemeinden und Landkreise weiterhin auf den Kosten sitzen. Nach wie vor gibt es kein striktes Konnexitätsprinzip (das heißt: kommunale Kosten können rechtlich nicht eingefordert werden) im Grundgesetz, das die Finanzierungsverantwortung des Bundes und der Länder fixiert. Es gibt kein verfassungsrechtliches Anhörungsrecht der Kommunen bei kommunalrelevanten Vorhaben des Bundesgesetzgebers. Es gibt keine verbindliche Beteiligung der Kommunen an der Gesetzesfolgen- und Kostenfolgenabschätzung, sowie an europarechtlichen Abstimmungsverfahren zwischen Bund und Ländern.

**DIE LINKE Pirmasens hält deshalb die folgenden Reformen im Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen für unabdingbar und wird sich dafür politisch einsetzen:**

- Für einen neuen Stellenwert der kommunalen Selbstverwaltung im föderalen System
- Für eine Reform der Gemeindefinanzen, die die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen wiederherstellt und verbessert
- Schuldenschnitt durch Bund und Land für den kommunalen Sozialhaushalt.
- Für eine erweiterte wirtschaftliche Betätigung der Kommunen, damit die kommunale Daseinsvorsorge auch unter den neuen Entwicklungsbedingungen gewährleistet werden kann.
- Für ein Anhörungs- und Mitbestimmungsrecht für Kommunen und eine verbindliche Einbindung der Kommunen in europarechtliche Abstimmungsverfahren zwischen Bund und Ländern.
- Für die Rekommunalisierung privatisierter Aufgaben bei Übernahme des Personals.

- Die Entscheidung über diese dringend notwendigen Schritte einer kommunalen Finanzreform trifft nicht der Stadtrat. Aber der Stadtrat kann eine politische Meinung dazu artikulieren und sollte mit einer Stimme sprechen. Dafür werden wir kämpfen.

### 3. Stadtentwicklung sozial und lebenswert

DIE LINKE Pirmasens tritt für eine solidarische Stadtentwicklung, für eine lebenswerte und lebendige Stadt für alle ein. Verkehrsplanung, Wohnungsbau, Freizeitmöglichkeiten und Erholung, öffentliche Einrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten müssen auf die Bedürfnisse aller ausgerichtet werden.

Wir setzen uns vorrangig für eine Innenentwicklung ein, um den Flächenverbrauch einzuschränken, für die Stärkung des sozialen Wohnungsbaus und für den Erhalt von Freiräumen und -flächen. Barrierefreies Wohnen, Mehrgenerationenprojekte, eine gute Erreichbarkeit von Gesundheits- und Freizeiteinrichtungen sind notwendige Antworten auf eine älter werdende Gesellschaft. Gleichzeitig verfestigen sich die Gegensätze von armen und reichen Stadtteilen immer mehr. DIE LINKE Pirmasens spricht sich deutlich gegen jede Tendenz zur Ghettoisierung und für eine soziale Vielfalt in den Stadtteilen und Wohnbezirken aus. Stadtteile mit sozialen Problemen müssen mit Hilfe eines Quartiersmanagements in die Lage versetzt werden, soziale Netzwerke aufzubauen. Alle Städte sind auf einer wirtschaftlichen Basis gewachsen. Sie haben bestimmte Industriebranchen beheimatet, waren Markt- oder Handelsplatz. In den letzten Jahrzehnten ist der Anteil des produzierenden Gewerbes an der wirtschaftlichen Tätigkeit deutlich zurückgegangen. Die zeitweise modernen Vorstellungen von der Entwicklung zu einer reinen „Dienstleistungsgesellschaft“ sind ebenfalls längst an der Realität gescheitert. Stadtplanung muss sich deshalb auch um die Entwicklung der produktiven Basis der Städte kümmern. Beim Einzelhandel muss es gerade angesichts der wachsenden Probleme mit dem Individualverkehr um eine quartiersnahe Versorgung gehen. Gleichzeitig kann das leidige Thema der abends „toten“ Innenstädte nur durch eine Belebung des Wohnens in der Innenstadt gelöst werden. DIE LINKE Pirmasens ist für mehr Bürgerbeteiligung an der Erarbeitung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen, insbesondere für größere Vorhaben. Beschleunigte Bebauungsplan-Verfahren, ohne Bürgerversammlung und ohne Umweltverträglichkeitsprüfung, lehnen wir grundsätzlich ab. Ausnahmen sind inhaltlich und sachlich im Detail zu begründen. Einsprüche gegen Bebauungspläne müssen ein größeres Gewicht erhalten. Die Verfahren müssen stärker als bisher auf einen Ausgleich der Interessen setzen und weniger auf die Durchsetzung der Interessen von Investoren.

Die Stadtentwicklung in Pirmasens war in den letzten Jahren insbesondere von gescheiterten Großprojekten geprägt, bei denen der Wunsch Vater des Gedankens war. Besonders schädlich für die Stadtentwicklung waren 5 Jahre Stillstand durch das Projekt „Stadtgalerie“. Dabei wurden von Anfang an grundsätzliche Fragen nach der wirtschaftlichen Tragfähigkeit des geplanten Projekts, der Machbarkeit und Stadtverträglichkeit außer Acht gelassen und Stadtrat und politisch Verantwortliche vertrauten blind den Versprechungen eines Entwicklers. Nach mehrfachen Projektverlängerungen stand am Ende nicht nur das Scheitern des innerstädtischen Einkaufszentrums, sondern eine weitere Verödung der Fußgängerzone und des Umfeldes. Weitere Großprojekte wie „Exe-Galerie“ oder „Bahnhofstraßenkolonaden“ kamen nie über das Präsentationsstadium hinaus und haben ebenfalls erheblich zur Verunsicherung im Einzelhandel und bei Bürgerinnen und Bürgern beigetragen. Häufen sich gescheiterte Großprojekte, haftet dieses Manko einer Stadt auf Dauer an und führt dazu, dass Entwickler und Investoren einen weiten Bogen um diese Stadt machen.

Das neue Großprojekt „Schuhstadt-Pirmasens“ findet unsere grundsätzliche Zustimmung. DIE LINKE Pirmasens war schon immer der Ansicht, dass das ehemalige Kaufhallengelände der zentrale Handelsplatz der Stadt ist und dort wieder Einzelhandel stattfinden muss. Schuhfachgeschäfte sucht

man in der ehemaligen deutschen Schuhmetropole vergebens. Ein Fachmarktzentrum für Schuhe mitten in der Stadt hätte deshalb Aussicht auf Erfolg. Vehement lehnt DIE LINKE Pirmasens allerdings eine Belebung der Innenstadt auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab! Die von den Projektentwicklern geforderten 40 verkaufsoffenen Sonntage für die „Schuhstadt-Pirmasens“ unterlaufen die grundgesetzlich geschützte Sonntagsruhe, sind familienfeindlich und eine unzumutbare Belastung für die Verkäuferinnen und Verkäufer im Einzelhandel.

Mit einem restriktiven Einzelhandelskonzept wird versucht, eine Belebung der Innenstadt durch Einzelhandel zu erzwingen. Grundsätzlich richtig ist die Grundidee, weitere Ansiedlungen von Einzelhandel auf der „grünen Wiese“ zu vermeiden und stattdessen vorhandene Strukturen und Flächen im Stadtkern zu nutzen. Sind aber diese Strukturen so mangelhaft wie in Pirmasens – 75 Prozent der vorhandenen Einzelhandelsverkaufsflächen sind kleiner als 100 Quadratmeter und damit am Markt unbrauchbar – wird ein „gut gemeintes“ Einzelhandelskonzept zu einem reinen Verhinderungskonzept. Werden Ansiedlungen an der Peripherie untersagt und kann gleichzeitig keine geeignete Fläche im abgegrenzten Innenstadtbereich angeboten werden, findet die Ansiedlung eines Einzelhandelbetriebes eben nicht in Pirmasens, sondern woanders statt. Diese Abwärtsspirale führt zu immer mehr Leerständen und Geschäftsaufgaben und erreicht das genaue Gegenteil der ursprünglichen Absicht. Eine verantwortungsbewusste Einzelhandelsteuerung muss daher an der Realität und nicht an Wunschvorstellungen orientieren. Gefragt sind konkretes politisches Handeln und innovative Ideen.

**DIE LINKE Pirmasens wird die folgenden Konzepte für eine soziale und lebenswerte Stadtentwicklung auf die politische Agenda des Stadtrates setzen:**

- Konsequente Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei der Stadtplanung und lokalen Entscheidungen.
- Die Berücksichtigung der vielfältigen Interessen, kulturellen und religiösen Hintergründe der Bevölkerung bei Aufgaben der Stadtentwicklung, insbesondere bei der Planung von Kindertagesstätten, Schulen, Sport- und Freizeiteinrichtungen.
- Eine Beurteilung von Bauvorhaben danach, ob sie sozial und ökologisch vertretbar sind und keine vermehrten Umweltbelastungen und höhere Mieten mit sich bringen.
- Erstellung eines kommunalen Mietspiegels, der alle gesetzlichen Bestimmungen beinhaltet sowie Einführung von Belegbindungen privaten Wohnraums zugunsten benachteiligter Gruppen.
- Umsetzung einer vollständigen Barrierefreiheit bei kommunalen Wohnbauprojekten und städtischen Gebäuden.
- Der Erhalt und Ausbau des sozialen Wohnungsbaus muss gefördert werden. Privatisierungsversuche bei kommunalen Wohnungen müssen abgewehrt werden.
- Die Förderung von Mehrgenerationenwohnprojekten und Wohnprojekten und -gemeinschaften für ältere Menschen, die ein möglichst lange selbstbestimmtes, eigenständiges Leben ermöglichen.
- Die Zusammenführung von Arbeit, Wohnen, Einkaufen und Freizeit statt weiterer Zersiedelung, die zu weiten Wegen zur Arbeit oder zum Einkaufen führt.
- Überarbeitung des Einzelhandelskonzeptes der Stadt Pirmasens hin zu mehr stadtverträglicher Flexibilität und realitätsbezogener Stadtentwicklungskonzepte. Im Mittelpunkt des Einzelhandelskonzeptes soll nicht die Schutzfunktion für etablierte Einzelhändler, sondern die Versorgungssicherheit der Bevölkerung und der Erhalt bzw. die Schaffung von Arbeitsplätzen stehen.
- Masterprogramm Innenstadt zur Belebung von Leerständen, Nutzung leerstehender Gebäude und Zusammenlegung kleiner Verkaufsflächen in Erdgeschosslage.

- Einrichtung einer kommunalen Zwischennutzungsagentur zur zeitlich befristeten Vermittlung von leerstehenden Ladenlokalen für kreative Nutzungen.
- Förderung und Unterstützung eines „virtuellen Kaufhauses“ als gemeinsame Internet-Handelsplattform Pirmasenser Einzelhändler mit zentralem Logistik- und Lieferservice sowie Abholservicestellen an zentralen Knotenpunkten des ÖPNV.
- Förderung von Sanierungs- und Verschönerungsmaßnahmen durch kommunale Fassaden- und Geschäftsflächenprogramme.
- Auflage eines Innenstadtentwicklungsfonds zur Stadtbildpflege, Attraktivitätssteigerung von Geschäftsgebäuden und Erstellung von Standort- und Betriebskonzepten durch Mittel der kommunalen Wirtschaftsförderung, örtlichen Wirtschaftsunternehmen und Einzelhändler sowie Fördermaßnahmen auf Landes- und Bundesebene.
- Versorgungssicherheit und Pragmatismus statt „Reine Lehre“ der Einzelhandelsgutachter : Einzelhandel in der Innenstadt, statt auf der „Grünen Wiese“: Ja! Keine neuen Einzelhandelsstandorte an der Peripherie und keine großflächige Erweiterung bestehender Verkaufsflächen im Außenbereich: Ja! Beschränkung des Handels an genehmigten Bestandsorten durch Sortimentsliste: Nein!

## 4. Qualitätsoffensive für Kindertagesstätten und Schulen

DIE LINKE hat sich schon für die beitragsfreie Kita eingesetzt, als andere Parteien die Kinderbetreuung und -frühbildung noch für die alleinige Aufgabe vor allem der Mütter hielten. Seit Kinderbetreuung ein „harter Standortfaktor“ im Wettbewerb der Kommunen um Investitionen und Arbeitsplätze ist, sind kostenlose Kita-Plätze endlich Realität. Aber die Qualität dieser Betreuung ist eindeutig nicht ausreichend – trotz des oft weit über die arbeitsvertraglichen Anforderungen hinausgehenden Engagements der Erzieherinnen und Erzieher. Wir wollen deswegen die Betreuungsschlüssel und die Ausbildungsmöglichkeiten verbessern, weil landesweit mindestens 4.000 Fachkräfte fehlen. Kita-Leiterinnen und -Leiter wollen wir mit mehr Leitungsfreistellungen versehen und die Fortbildung ausbauen. Das von der rot-gelb-grünen Landesregierung vorgestellte neue Kita-Gesetz erfüllt diese Anforderungen nicht einmal näherungsweise. Wir kämpfen deshalb in den Kommunen dafür, dass Kitas nicht zu Verwahrnstanalten, sondern zu fortschrittlichen Bildungseinrichtungen werden. Wir wollen in den nächsten fünf Jahren erreichen, dass alle Kitas Ganztagsangebote machen und Über-Mittag-Schließungen und Ferienzeiten ohne Betreuung abgeschafft werden. Linke Kommunalpolitikerinnen und -politiker kämpfen für den Erhalt wohnortnaher Schulen, auch sogenannter Zwergschulen. Wir fordern mehr Geld und Personal insbesondere bei der Sprachförderung und der Inklusion von Menschen mit Behinderungen und bedarfsgerechte Schulsozialarbeit an allen Schulen.

Gute Bildung ist die Voraussetzung für soziale und politische Teilhabe. Deshalb ist das Bildungswesen ein Grundpfeiler jeder Demokratie. Diese Funktion muss sich auch in der Zielsetzung der Bildungspolitik niederschlagen. Die wichtigste Aufgabe der Bildungspolitik ist daher die schulische Inklusion und Integration zu fördern. Das deutsche Bildungswesen ist hochgradig selektiv. Die soziale Herkunft eines Kindes entscheidet in hohem Maße über seine Zukunftschancen. Ungerecht ist die soziale Auslese, weil nachweislich mehr Kinder aus einem Elternhaus mit höherem Bildungsabschluss eine Gymnasialempfehlung bekommen, als Arbeiterkinder mit gleicher schulischen Leistung. Das ist ein seit Jahren andauernder Skandal und Ausdruck des Ungleichlands Deutschland.

DIE LINKE fordert langfristig eine Schule für alle, d.h. eine Gemeinschaftsschule von Klasse 1 – 10 mit Abschluss mittlere Reife mit der Möglichkeit, danach in einer Oberstufe die allgemeine Hochschulreife (Abitur) zu absolvieren. Damit soll die bereits im Grundschulalter einsetzende soziale



Auslese verhindert werden und stattdessen selbständige junge Erwachsene darüber entscheiden können, welchen weiteren Ausbildungsweg sie nehmen wollen. Eine Binnendifferenzierung und eine Unterrichtsgestaltung nach modernen pädagogischen Konzepten sollen allen Kindern und Jugendlichen gemäß ihrer Neigungen und ihrer Lerngeschwindigkeiten eine individuelle Förderung anbieten, um ihre Fähigkeiten weiterzuentwickeln. Die Bildungssysteme in den skandinavischen Ländern bieten hervorragende Beispiele dafür, dass eine Schule für alle funktionieren kann. Die dortigen Ergebnisse einer integrativen Bildungspolitik liegen im internationalen Vergleich an der Spitze und lassen den Vorwurf der „Gleichmacherei“ ins Leere laufen.

**DIE LINKE Pirmasens leitet daraus folgende politische Forderungen auf kommunaler Ebene ab:**

- Gebührenfreie Kindertageseinrichtungen
- Mehr Ganztagsplätze für alle Kinder, deren Eltern das wünschen.
- Verringerung der Gruppengröße mindestens entsprechend der EU-Empfehlung: 15 Kinder (3-6 Jahre), 8 Kinder (1-3 Jahre), sowie den Einsatz von gut aus- und fortgebildetem Fachpersonal, mindestens zwei Erzieherinnen oder Erzieher pro Gruppe.
- Eine räumliche Ausstattung, die an die Bedürfnisse der Kinder und des Fachpersonals angepasst ist (EU-Empfehlung: 75qm pro Gruppe und Schlafräum).
- Anpassung der Gruppengröße und des Personalschlüssels an die besonderen Gegebenheiten in integrativen Gruppen.
- Verbesserung der Gerätesituation auf Spielplätzen.
- Aufbau von Beratungsangeboten für von Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche.
- Mehr kommunale Angebote und Treffpunkte, z.B. Jugendclubs und Jugendzentren.
- Spielplätze und Räume, die barrierefrei sind und die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung berücksichtigen
- Unterstützung und Förderung von Kooperationen zwischen den Kitas, zwischen Kitas und Schulen sowie zwischen Kitas, Schulen und Sportvereinen
- Eine Bildungspolitik, die das Bildungssystem nach den Neigungen und Fähigkeiten der Schülerinnen und Schülern organisiert und nicht nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten und Mustern entscheidet.
- Schule soll inklusiv, wohnortnah, qualitativ gut ausgestattet, ganztägig und kostenfrei, mit individueller Förderung und multiprofessionell (z.B. Schulsozialarbeit) sein.
- Einen regionalen Schulentwicklungsplan für Pirmasens, Zweibrücken und den Landkreis Südwestpfalz, der das Konzept „Eine Schule für alle“ umsetzt.
- Kostenlose Schulbücher, Lehr- und Lernmittel für alle Kinder
- Kostenfreies Mittagessen an allen Schulen und Ganztageeinrichtungen.
- Bedarfsgerechte Ausstattung an allen Schulen und Kitas.
- Mehr Stellen für Sozialpädagogen und Schulsozialarbeiter, um die pädagogische Kompetenz in Schulen und Kitas insgesamt zu verbessern und Lehrpersonal sowie Erzieherinnen und Erzieher zu entlasten.
- Kindgerechte Ausstattung der Schulhöfe, die ein reichhaltiges Angebot an Freizeit- und Spielmöglichkeiten bieten sollen.
- Bessere Instandhaltung und Pflege der sanitären Anlagen und damit einhergehend einen dauerhaften Sanierungsplan, der für eine nachhaltige Verbesserung der Zustände führt.
- Eine bessere Finanzierung der Ganztagschulen. Bisher fördert das Land diese Schulen nur unzureichend mit einem nicht kostendeckenden Sockelbetrag. Der Rest muss vom Schulträger finanziert werden. Der Stadtrat muss gemeinsam mit den anderen Kommunen in der Region den Druck auf die Landesregierung erhöhen, um eine bessere und gerechtere Finanzierung des Ganztagsangebots zu ermöglichen.

## 5. Keine Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge

Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand bedeutet demokratische Kontrolle – die Menschen entscheiden vor Ort direkt oder bei Wahlen. Privatisierung bedeutet das Gegenteil: Einzelinteressen werden auf Kosten der Allgemeinheit bedient, meist verbunden mit steigenden Preisen für die Bürgerinnen und Bürger. DIE LINKE unterstützt deshalb alle Bemühungen, schon privatisierte Betriebe der Daseinsvorsorge zu rekommunalisieren und die öffentlich-rechtliche Kontrolle existenzieller Bereiche wie Energie- und Wasserversorgung, Müll- und Abwasserentsorgung oder dem öffentlichen Personennahverkehr wieder herzustellen bzw. zu erhalten. Wir wollen Schwimmbäder und Kulturzentren, Bildungsmöglichkeiten und Freizeitangebote, die unter öffentlicher Verwaltung stehen und bezahlbar für alle sind. DIE LINKE unterstützt den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau, insbesondere den Bau von Wohnungen für Alleinstehende und größere Familien. Den Verkauf kommunal finanzierter Wohnungen oder kommunaler Wohnungsbauunternehmungen lehnen wir ab. Eine gute und sichere Wohnung, die den heutigen Anforderungen genügt und bezahlbar ist, gehört zu einem menschenwürdigen Leben. Wir sind dagegen, dass preiswerte Mietwohnungen durch Abriss, Umwandlung und Zweckentfremdung vernichtet werden und dass Wohnungen aus spekulativen Gründen leer stehen. Privatisierungen öffentlicher Aufgaben, auch mittels kommunaler Beteiligungen an privaten Unternehmen, sind mit der LINKEN nicht zu machen. Die Einrichtung kommunaler Unternehmen prüfen wir kritisch und im Einzelfall.

Die Einrichtungen der Daseinsvorsorge müssen sich nicht in erster Linie betriebswirtschaftlich rechnen, sie müssen ihre Funktion erfüllen. Krankenhäuser sollen Menschen heilen, Pflegeheime sollen ein würdiges Leben im Alter ermöglichen, die sozialen Einrichtungen der Stadt und das Engagement der vielen Vereine sollen dazu beitragen, dass Pirmasens lebenswerter wird und bleibt. Daseinsvorsorge muss sich nicht finanziell rechnen, sondern eine funktionierende Stadtgesellschaft gewährleisten. Denn der soziale Ausgleich, saniertes städtisches Eigentum, moderne Kitas und Schulen machen die Stadt lebenswerter, attraktiver und damit auch reicher. Vereine und Verbände, die sich verdient machen um den sozialen Zusammenhalt unserer Stadt, müssen finanziell besser ausgestattet werden. Jeder Euro, der eingesetzt wird, um Armut zu bekämpfen, Bildungsbarrieren einzureißen, Wohnungsnot zu verhindern, Mobilität zu garantieren, rechnet sich.

**Daraus leitet DIE LINKE Pirmasens folgende Aufgaben für die nächste Wahlperiode des Stadtrats ab:**

- Verhandlungen mit den privaten Anteilseignern der Stadtwerke Pirmasens über den Rückkauf ihrer Geschäftsanteile mit dem Ziel einer vollständigen Rekommunalisierung.
- Kein weiterer Stellenabbau beim Wirtschafts- und Servicebetrieb WSP und wirksame Kontrolle tariflich abgesicherter Arbeitsbedingungen und Arbeitnehmerschutzrechten.
- Kein Outsourcing der städtischen Reinigungskräfte oder Ausschreibung der Reinigungsleistungen an Private
- Keine privaten Hausmeister- oder Servicedienstleister für Schulen, Kitas und andere öffentlichen Gebäude
- Kein weiterer Verkauf von Liegenschaften der Bauhilfe GmbH, sondern Entwicklung von modernen Wohn- und Gewerbemodellen, Generationenwohnprojekten und Bestandssanierung in Eigenregie und kommunaler Verantwortung
- Erhalt des Querverbands und der Verlustübernahme von ÖPNV und PLUB durch die Stadtentwicklungsgesellschaft SEP
- Keine Gewinnabführung der Stadtentwicklungsgesellschaft SEP zur Finanzierung des unsinnigen Kommunalen Entschuldungsfonds KEF

## 6. Sozial-ökologische Verkehrswende einleiten

Städte, Gemeinden und Landkreise besitzen in Deutschland das Recht auf kommunale Selbstverwaltung. Das Grundgesetz garantiert ihnen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Doch die Realität sieht anders aus. Die kommunale Selbstverwaltung ist vielerorts nach wie vor gefährdet und droht zur Farce zu verkommen. Wir wollen die Gestaltungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene sinnvoll einsetzen: Für eine sozial-ökologische Verkehrswende, die Fußgängern, Fahrrädern, Bus und Bahn den Vorrang vor dem Bau immer neuer Straßen einräumt. Wir wollen eine sozial-ökologische Stadtentwicklung, die die Menschen und ihre Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellt. Das Angebot der öffentlichen Verkehrsmittel muss dringend attraktiver werden, um als praktische Alternative zum Individualverkehr im Alltag überhaupt nutzbar zu sein. Auch die Elektromobilität spielt eine zu geringe Rolle in Pirmasens. Zukunftstechnologien, die Mobilität umweltfreundlich machen, müssen gezielt gefördert werden.

DIE LINKE befürwortet innerorts flächendeckend Tempo 30 und wir wollen alle Möglichkeiten nutzen, um Umweltbelastungen zu erkennen, zu erfassen und abzustellen. Dazu gehört auch, dass Verkehrs- und Militärflugzeuge nicht länger über dem Pfälzer Wald, der Eifel, dem Hunsrück und dem Westerwald Kerosin ablassen dürfen.

Wir fordern die Schaffung einer barrierefreien Stadt. Unser Ziel bleibt eine lebenswerte Innenstadt, die nicht durch Blechlawinen dominiert wird. Dazu muss die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) an das Niveau des Individualverkehrs angeglichen werden, bei deutlich geringeren Kosten. Denn Mobilität muss jeder und jedem ermöglicht werden. Mobilität ermöglicht Teilhabe, Mobilität ist ein Grundrecht! Eine gesteigerte Nutzung des ÖPNV führt zu weniger Verkehrsaufkommen und damit zu einer Vermeidung der Überfüllung der Straßen, verringerter Emissions- und Lärmbelastung und mehr Nachhaltigkeit.

### **DIE LINKE Pirmasens wird sich im Stadtrat für die folgenden Schritte einer sozial-ökologischen Verkehrswende einsetzen:**

- Eine deutliche Erhöhung des Anteils von öffentlichem Personennahverkehr, Verkehrsaufkommen zu Fuß und Radverkehr am gesamten Verkehrsaufkommen. Dies ist als verbindliche Zielsetzung im Verkehrsentwicklungsplan 2030 zu berücksichtigen.
- Umfassender Ausbau des ÖPNV und zeitnahe Erreichbarkeit des gesamten Stadtgebiets und des Umlands durch detaillierte Abstimmung und Taktung des Verbundangebots
- Langfristig emissionsfreier ÖPNV und Schaffung von mehr Anreizen für den Ausbau der E-Mobilität, sowohl für Busse, Autos als auch für Motorräder.
- Standortanalyse durch die Stadt Pirmasens für die Aufstellung von Ladestationen für E-Fahrzeuge und das Aufstellen von Schnell- und Normalladestationen nach Bedarf
- Umfassenden Ausbau des Radwegenetzes mit Fokus auf der Sicherheit der Radfahrerinnen und Radfahrer und mehr Car-Sharing-Angebote, vor allem im Bereich der E-Mobilität.
- Flächendeckend instandgehaltene und barrierefreie Fußwege. Bisher nicht ausgebaute Gehwege müssen für alle Fußgängerinnen und Fußgänger nutzbar gemacht werden.
- Weitere Ermäßigungen für Kinder, Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Geringverdienende, Menschen mit Behinderung sowie Rentnerinnen und Rentner. Langfristig strebt DIE LINKE einen steuerfinanzierten, ticketlosen ÖPNV an.
- Innerhalb des Verkehrsentwicklungsplans 2030 fordern wir die verbindliche Aufnahme von Lärmaktionsplänen für betroffene Stadtgebiete und eine Luftreinhalteplanung.

## 7. Bürgerengagement stärken – Kommunales Wahlrecht für alle

Wer mitbestimmen und mitgestalten kann, interessiert sich für seine Lebensumstände. Deswegen wollen wir Diskussions- und Entscheidungsprozesse transparent gestalten. Aber kommunal wählen dürfen bisher nur volljährige Bürgerinnen und Bürger aus EU-Staaten. Deshalb fordern wir das kommunale Wahlrecht ab 16 Jahren für alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in der jeweiligen Kommune haben, in der sie polizeilich gemeldet sind. Bis es soweit ist, wollen wir die kommunalen Integrationsbeiräte stärken und mit einem vorläufigen Vetorecht ausstatten. Das gleiche Vetorecht sollen auch Jugendbeiräte erhalten, bis das allgemeine Wahlrecht ab 16 Jahren umgesetzt ist.

Wir wollen in den Kommunen besser über den Bürgerhaushalt informieren und so die finanzielle Mitbestimmung stärken. Wir befürworten kommunale Behindertenbeauftragte und wollen ein kommunales Petitionsrecht schaffen.

Wir fördern ehrenamtliches Engagement – aber wir wollen nicht, dass gesamtgesellschaftliche Aufgaben flächendeckend durch ehrenamtlich Tätige erledigt werden. Die Ehrenamtskarte wollen wir für alle Einwohnerinnen und Einwohner und nicht nur, wenn die jeweilige Wohngemeinde sich der Initiative angeschlossen hat. Bürgerschaftliches, ehrenamtliches Engagement findet auch in Parteien und Bürgerinitiativen statt – wir wollen, dass dort Aktive ebenfalls mit der Ehrenamtskarte ausgezeichnet werden können.

Mitbestimmung ist ein wichtiges Kriterium für Freiheit und Demokratie. DIE LINKE will, dass die Menschen ihr Lebensumfeld aktiv mitgestalten können und an Entscheidungen entsprechend beteiligt werden. Gerade in der Kommunalpolitik werden häufig Themen diskutiert, die das direkte Umfeld der Menschen betreffen und beeinflussen. Die Politik in der Kommune bietet daher auch große Potentiale für zivilgesellschaftliches Engagement, Mitbestimmung und aktives Mitgestalten.

Für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide fordern wir die Herabsetzung der Mindestwahlbeteiligung von Stimmberechtigten an einer Wahl oder einer Abstimmung. Der Satz „Kinder sind unsere Zukunft“ darf nicht nur als eine Phrase gesehen werden. Daher sollten wir alles dafür tun, um Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt mehr Gestaltungsmöglichkeiten zu geben. Der Jugendstadtrat muss gestärkt werden und mehr Befugnisse erhalten. Bei Entscheidungen, die direkt die Kinder und Jugendlichen in der Stadt betreffen, sollte dieser mehr Mitspracherecht bekommen. Dies kann in Form eines unumgänglichen und daher wirkungsvollen Vetorechts stattfinden.

**DIE LINKE Pirmasens leitet daraus die folgenden politischen Forderungen auf kommunaler Ebene ab:**

- Verstärkte Nutzung des Ratsbürgerentscheids als Instrument der direkten Bürgerbeteiligung zu wichtigen und grundsätzlichen Fragen der Stadtentwicklung. Durch Beschluss des Stadtrats sollen Bürgerinnen und Bürger wichtige Entscheidungen der Stadtentwicklung selbst treffen können. Beim Ratsbürgerentscheid entfällt die Notwendigkeit der Unterschriftensammlung.
- Verbesserung der Kinder- und Jugendbeteiligung bei Beteiligungsverfahren und politische Stärkung des Jugendstadtrats
- Herabsetzung des Quorums für Bürgerbegehren auf zwei Prozent der Wahlberechtigten durch eine entsprechende Änderung der Gemeindeordnung auf Landesebene.
- Einrichtung einer handhabbaren, verständlichen und praktikablen Internetplattform für den Bürgerhaushalt mit Diskussionsforum. Die Informationen zum städtischen Haushalt müssen

so aufbereitet werden, dass alle Bürgerinnen und Bürgerinnen an der Entscheidungsfindung teilhaben und eigene Vorschläge einbringen können.

## **8. Gleichberechtigung von Mann und Frau – Anerkennung unterschiedlicher Lebensentwürfe**

Die Gleichberechtigung der Geschlechter und unterschiedlicher Lebensentwürfe und sexueller Orientierungen haben unbestreitbare Fortschritte gemacht – die Gleichstellung ist aber längst nicht am Ziel. Überall dort, wo es noch keine Gleichstellungsbeauftragten gibt, setzt sich DIE LINKE dafür ein. Kommunale Stellenausschreibungen sollen geschlechtsneutral stattfinden. Wir befürworten, dass mit Quoten für die verstärkte Einstellung von Frauen gesorgt wird und die sexuelle Orientierung von Menschen kein Thema bei Einstellungen mehr ist. Es darf nicht dabei bleiben, dass die niedrigen Lohn- und Entgeltgruppen vor allem von Frauen, die höheren von Männern besetzt werden. Linke Kommunalpolitikerinnen und –politiker kämpfen für bedarfsgerechte Beratungsstellen, die von der Wiederaufnahme einer Arbeit nach der Schwangerschaft bis zur Gesundheits-, Beziehungs-, Trennungs-, Sozial- und Rentenberatung zentrale Bereiche abdecken und religiös ungebunden arbeiten. Wir wollen, dass Frauenhäuser zum Schutz vor Gewalt mindestens in wesentlichen Teilen öffentlich finanziert und nicht mit mehr oder weniger großen Jahresspenden abgespeist werden.

Spezielle Frauenfördermaßnahmen sind dringend notwendig. Frauen sind überdurchschnittlich von Erwerbslosigkeit sowie von ungerechter Bezahlung und Bewertung ihrer Arbeit betroffen. Neben der Erwerbsarbeit wird die reproduktive Arbeit im Haushalt zudem überwiegend von Frauen übernommen, ohne dass sie die dafür notwendige Anerkennung erhalten. Zu den nötigen Fördermaßnahmen gehören u.a. spezifische integrative Maßnahmen für langzeitarbeitslose Frauen unter besonderer Berücksichtigung ihrer jeweiligen Lebensabschnitte und -bedingungen, konkrete Qualifizierungsmaßnahmen für un- und angelernte Frauen sowie die Vergabe der Hälfte aller Ausbildungsplätze an weibliche Bewerberinnen.

### **DIE LINKE Pirmasens wird sich Stadtrat für Gleichstellung und Gleichberechtigung einsetzen:**

- Höhere Teilhabe von Frauen in der Pirmasenser Kommunalpolitik durch gezielte Angebote und Fördermaßnahmen
- Ausbau von Frauenförderungsprogrammen und Wiedereingliederungsprojekten
- Finanzielle Förderung des Frauenhauses und psychosozialer Beratungsstellen und Beratungsangebote für Frauen
- Kommunale Bereitstellung und Förderung von Hilfsprogrammen für traumatisierte Frauen und Opfer häuslicher Gewalt. Gewaltpräventionsprogramme an allen Pirmasenser Schulen sowie Auflage einer Kampagne gegen jegliche Gewalt gegen Mädchen und Frauen

## **9. Gesundheit ist keine Ware – flächendeckende Gesundheitsvorsorge und Kampf gegen Ärztemangel**

Mit sogenannten Gesundheitsreformen wurde der Zugang breiter Bevölkerungskreise zu Gesundheitsleistungen einschneidend erschwert. Besonders betroffen sind Arbeitslosengeld-II-Bezieherinnen und -bezieher, Rentnerinnen und Rentner und generell Menschen mit geringem Einkommen. Zum Ende eines Quartals werden Kassenpatientinnen und –patienten oft nicht mehr behandelt. Die Leistungen für Zahnersatz sind nicht kostendeckend. Viele Programme zur Gesundheitsförderung und zur Vorsorge sind mit Gebühren belegt und somit nur für den besser

verdienenden Teil der Bevölkerung zugänglich. Bei der Ernährung können nur Menschen mit einem überdurchschnittlichen Einkommen sich vollwertige Nahrungsmittel leisten. Diese Benachteiligungen in Gesundheitswesen und Krankheitsbehandlung zeigen sich für die Betroffenen in einer um Jahre kürzeren Lebenserwartung. Eine demokratische und soziale Gesellschaft muss sich daran messen lassen, wie sie mit ihren schwächsten Mitgliedern umgeht. Die Interessen von chronisch Kranken, alten oder behinderten Menschen werden vernachlässigt. Sie leiden unter sozialer Ausgrenzung und Benachteiligung.

DIE LINKE setzt sich für ein flächendeckendes und nachhaltiges kommunales Gesundheitssystem ein, in dem alle Menschen einen gleichen Leistungsanspruch haben.

Marktgläubigkeit und die neoliberale Politik der vermeintlichen Sachzwänge üben Druck auf Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen aus. Die Folgen von ständigen Sparmaßnahmen sind u.a. prekäre Arbeitsverhältnisse, was sich nicht nur drastisch auf die Gesundheit der Pflegekräfte, Therapeuten und Ärzte, sondern vor allem auf die der Patientinnen und Patienten auswirkt. In der Pflege kommt es durch den Pflegenotstand zu vermeidbaren gesundheitlichen Beschwerden, die sich maßgeblich in höheren Behandlungskosten niederschlagen. Hinzu kommt, dass immer mehr Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser privatisiert werden. DIE LINKE wird sich allen Privatisierungsabsichten im Gesundheitswesen konsequent entgegenstellen. Auch Pflegeheime werden zurzeit dem Zwang der Wirtschaftlichkeit und Profitmaximierung unterworfen und gehören deshalb ebenfalls in öffentliche Hand und unter demokratische Kontrolle.

Die meisten Menschen zahlen einen prozentualen Anteil ihres Lohnes an die Krankenkassen. Bürgerinnen und Bürger oberhalb eines gewissen Gehalts können sich durch feste Beiträge an die privaten Kassen der Solidargemeinschaft entziehen, während gesetzlich Versicherte sogar bei stationären Krankenhausaufenthalten Zuzahlungen leisten müssen. DIE LINKE setzt sich deshalb bundesweit für eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung ein, die auf alle Einkünfte ohne Beitragsbemessungsgrenze erhoben werden.

Seit vielen Jahren wird in Pirmasens und im Umland der drohende Ärztemangel verschlafen. Runde Tische und Diskussionsveranstaltungen, zudem sporadisch und mit großen Zeitintervallen, haben mehr verschleiert, als zu praktischen Lösungen beigetragen. Nach nutzlos verstrichenen Jahren wurde nun eine engere Kooperation zwischen Pirmasens, Zweibrücken und dem Landkreis Südwestpfalz ausgerufen und eine private Firma mit der Evaluation der Daten und Ärzteakquise beauftragt. Dabei liegen die entscheidenden Daten seit Jahren vor: Zwischen 2022 und 2025 gehen mehr als 70 Prozent der heute noch praktizierenden Ärztinnen und Ärzte in den Ruhestand – die meisten ohne Nachfolger. Es droht nichts Geringeres als der Zusammenbruch der Gesundheitsversorgung in Pirmasens und Umgebung! Es muss nun schnell und konsequent gehandelt werden. DIE LINKE Pirmasens hatte dazu bereits vor Jahren Vorschläge im Stadtrat gemacht, die wegen parteipolitischer Taktierereien weggestimmt wurden.

**DIE LINKE Pirmasens wird im Stadtrat folgende Themenschwerpunkte im Bereich Gesundheit setzen:**

- Gründung von medizinischen Versorgungszentren (MVZ), kommunale Arztpraxen und Förderung von Ärzte- und Gesundheitsgenossenschaften in enger Kooperation mit Zweibrücken und dem Landkreis Südwestpfalz
- Respekt und gute Löhne in der Alten- und Krankenpflege. Um der problematischen Entwicklung wirksam entgegenzutreten zu können, braucht es öffentlichen und politischen Druck. DIE LINKE unterstützt Arbeitskämpfe gegen den Pflegenotstand vor Ort und fordert mehr Pflegeeinrichtungen unter kommunaler Verantwortung

- Förderung kommunaler Gesundheits- und Ernährungsberatung, Selbsthilfegruppen, Präventivmaßnahmen zur Gesundheitsvorsorge und Patienteninitiativen.
- Modellprojekt mobile Arztpraxis für Pirmasens und Umland.
- Kommunales AGnES-Modellprojekt (Arztentlastende, Gemeindenahe, E-Health-gestützte, Systemische Intervention) zur Entlastung von Hausärzten. In diesem Projekt übernehmen geschulte Fachkräfte einfache medizinische Tätigkeiten und Hausbesuche.
- Ausbau der kommunalen Gesundheitsberichterstattung und -planung. Erstellung eines kommunalen geschlechterdifferenzierten Gesundheitsberichtes.
- Intensivierung der schulärztlichen Betreuung von Kindern und Jugendlichen
- Schaffung von ausreichenden Kapazitäten von Pflegeheimplätzen und alternativen Betreuungsmöglichkeiten
- Ausbau der Strukturen der Suchtkrankenhilfe und bessere Vernetzung von Suchtprävention, Beratung, Therapie und Nachsorge sowie Ausbau der institutionenübergreifenden Zusammenarbeit (Jugendhilfe, Sozialhilfe, Arbeitsagentur).
- Personelle und finanzielle Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes und Förderung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes.
- Kommunale Fördermaßnahmen zum Ausbau der Strukturen im Rettungs- und Krankentransportwesen, Zuschüsse für Träger beim Neu- und Ausbau von Rettungsdienststellen und anderen Einrichtungen der Gesundheitsversorgung.

## 10. Solidarisches Wirtschaften für das Allgemeinwohl

Städte und Kreise haben wichtige Funktionen im Bereich der Wirtschaftsförderung, bei der Ansiedlung von Unternehmen oder der Bereitstellung von Grundstücken und Infrastruktur. Mit diesen Strukturen, die die Privatwirtschaft selber nicht schaffen kann, wird arbeitsteiliges Wirtschaften erst ermöglicht. Die kommunale Wirtschaftsförderung darf nicht auf die Konkurrenz der Kommunen um den besten Standort und den niedrigsten Gewerbesteuersatz für die Ansiedlung von Investoren zielen. Wir sind für die regionale und interkommunale Zusammenarbeit von Landkreisen und Kommunen zur Entwicklung regionaler Wirtschaftsstrukturen, für Kooperation und Zusammenarbeit über Städte- und Ländergrenzen hinweg. Dazu gehört auch die gegenseitige Unterstützung bei der Ansiedlung neuer Gewerbe. Wir sind für die Förderung von lokalen Genossenschaften, da sie eine direkte Einflussnahme ermöglichen. Außerdem treten wir für eine Unterstützung für Start-up-Unternehmen ein und die Bereitstellung von Ressourcen wie Kunstateliers und Handwerkerhöfen für Freischaffende sowie Jungunternehmen.

Stadtentwicklung, die nur auf Arbeitsplätze mit geringer Wertschöpfung und prekären Beschäftigungsverhältnissen konzentriert (Handel und Logistik), lehnen wir ab. Hier sollte die Schaffung produktiver Arbeitsplätze Vorrang haben.

### **DIE LINKE Pirmasens wird sich im Stadtrat weiterhin für folgende Leitlinien kommunalen Wirtschaftens einsetzen:**

- Ein möglichst breites und qualitativ gutes Angebot an Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Kommunale Unternehmen haben einen sozialen Auftrag und sind dazu verpflichtet, die sozialen Grundrechte der Einwohnerinnen und Einwohner durch soziale Dienstleistungen und soziale Tarifstrukturen einzulösen.
- Eine Vorbildfunktion von Kommune und städtischen Unternehmen als Arbeitgeber: gute Bezahlung, Qualifizierung und Ausbildung, interkulturelle Kompetenz der Verwaltung, Geschlechtergerechtigkeit und Einhaltung von Ausbildungsquoten.

- Kommunale und regionale Zusammenschlüsse als Alternative zu drohenden Privatisierungen.
- Die Beendigung der interkommunalen Konkurrenzsituation und der damit verbundenen Gewerbesteuerenkungsspirale, damit es in vergleichbaren Städten und Kommunen zu gleichen Gewerbesteuerhebesätzen kommt.
- Eine soziale Stadt für alle, die dem Gemeinwohl verpflichtet ist und gegen den Umbau der öffentlichen Verwaltung zu einem Konzern.
- Ein Verbot des Einsatzes von Zinsderivaten in der kommunalen Finanzwirtschaft, weil dadurch kaum abzuschätzende Risiken entstehen und eine Ablehnung von sogenannten PPP (Public Private Partnership) Modellen in der Daseinsvorsorge.

## **11. Global denken – lokal handeln: Energiewende jetzt!**

Jedes kommunalpolitische Handeln muss konsequent auf Umweltschutz und Nachhaltigkeit hin überprüft werden: Bei der Stadtentwicklungs- und Verkehrsplanung, der Industrie und Gewerbeansiedlung, dem Flächen- und Landschaftsverbrauch, beim öffentlichen und privaten Wohnungsbau, der Energieversorgung, der Abfall- und Wasserwirtschaft, im kommunalen Beschaffungswesen, bei öffentlichen Immobilien und vielem mehr. Unternehmerisches, gewinnorientiertes Wirtschaften entzieht sich weitgehend gesellschaftlicher Steuerung.

Die Kommunalpolitik kann durch eigenes Handeln, durch Einflussnahme und die Beratung und Beteiligung der Einwohner wichtige Beiträge zur ökologischen Kurswende leisten und auf die Politik der oberen staatlichen Instanzen und Genehmigungsbehörden Einfluss nehmen.

DIE LINKE Pirmasens unterstützt kommunal und auf allen Ebenen die Einwohnerinnen und Einwohner sowie ihre Vereinigungen, die sich gegen Umweltbelastungen und -gefahren wehren oder den Naturschutz fördern. Sie unterstützt den Kampf um ökologische Alternativen. Der Widerspruch von „Umwelt und Arbeitsplätzen“ ist ein Scheindilemma, wie nicht zuletzt die stark gewachsene Zahl der Arbeitsplätze in Umweltbereichen zeigt. Umweltschutz, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit bilden für uns eine Einheit und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Deutschland ist europaweit der Hauptverursacher der klimaschädlichen Kohlendioxid-Emissionen. Verantwortlich dafür sind Stein- und vor allem Braunkohlekraftwerke. Sie tragen entscheidend zur Klimaproblematik bei und zerstören damit unsere natürlichen Lebensgrundlagen, emittieren Schadstoffe wie Feinstaub, Schwefeldioxid, Schwermetalle und beeinträchtigen somit Gesundheit und Wohlergehen. Das Herzstück des sozial-ökologischen Umbaus ist die Energiewende hin zu einer sozialen, ökologischen und demokratisch kontrollierten Energieversorgung. DIE LINKE Pirmasens steht deshalb konsequent für eine kommunale und dezentrale Energieerzeugung und –nutzung.

Der beste Müll ist der, der gar nicht erst entsteht. Konsequent Müll vermeiden, vermindern und wieder verwerten, Mülltrennung an der Quelle durchführen, die Förderung der Müllvermeidung durch kommunale Gebührengestaltung, all das sind wesentliche Voraussetzung, um aus der flächendeckenden und teuren Müllverbrennung wieder auszusteigen und umweltschonende Verfahren anzuwenden. Eine ökologische Abfallwirtschaft ist nur möglich, wenn sie in öffentlicher Hand liegt.

Vielfältiges Grün, Parks, naturnahe Gartengebiete, verbindliche Biotopverbundkonzepte, möglichst großräumige Landschafts- und Naturschutzgebiete sowie natürliche Bachläufe bilden die Voraussetzung für das Wohlbefinden der Menschen in Städten und ländlichen Siedlungsgebieten. Gerade kommunale Planungen müssen deshalb europäische Verpflichtungen zum Natur- und Artenschutz verantwortungsvoll umsetzen. Dies gilt vor allem bei Konversions- und Straßenplanungen, Flächennutzungs- und Bebauungsplänen. Durch die Selbstverpflichtung der



Kommunen zur Beteiligung der Naturschutzverbände im Vorfeld und bei der Umsetzung kommunaler Planungen können soziale Konflikte verringert bzw. vermieden werden.

#### **DIE LINKE Pirmasens wird sich im Stadtrat für die Umsetzung folgender Maßnahmen einsetzen:**

- Einhaltung der Klimaziele und Umstellung der Energieversorgung auf 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2030
- Die vollständige Energieversorgung durch regenerative Energien bei kommunalen Neubauten und in kurzfristiger Zielstellung ebenfalls in den bestehenden öffentlichen Bestandsgebäuden.
- Beleuchtung der Straßen und Plätze mit energiesparenden LED-Leuchten. Vermeidung von Lichtverschmutzung. Abschaltung unnötiger Außenbeleuchtungen.
- Ausstieg aus der Müllverbrennung und Anwendung umweltverträglicher Entsorgungsverfahren.
- Es wird eine kommunale, kostenlose Energieberatung für alle Menschen eingeführt. Um die Quote der energetischen Sanierungen zu erhöhen, werden quartierbezogene, von Haus-zu-Haus gehende Beratungsgespräche mit Eigentümerinnen und Mietern geführt.
- Die Sanierung von Bestandsgebäuden hat Vorrang vor Neubaumaßnahmen.
- Die Stärkung des Verbraucherschutzes durch Ausweitung des Verbandsklagerechts und den Ausbau der Verbraucherberatungsstellen.
- Unterstützung der Arbeit der örtlichen Naturschutzverbände, Ausbau und Erhalt von Naherholungsflächen und Renaturierungsflächen.
- Eine Reduzierung der Lärm- und Feinstaubbelastung vor allem in der Innenstadt.
- Die ökologisch-landwirtschaftliche Nutzung von Brachflächen in städtischem Besitz durch Hochbeete, Nachbarschaftsinitiativen, „Essbare-Stadt“-Projekte oder „Urban-Gardening“ sollten zur Zwischennutzung und nach Möglichkeit auch dauerhaft freigegeben werden.
- Mikroklimagerechte Stadtplanung durch Dach- und Fassadenbegrünungen sowie Planung von Wasserflächen. Beitrag zum Tier- und Artenschutz durch insektenfreundliche Anpflanzungen und naturnahe Flächengestaltung.

## **12. Kultur und Sport bedeuten Lebensqualität**

Kultur ist Leben und Lebensmittel. Am Umgang mit der Kultur sehen wir, wie ernst es unser Gemeinwesen mit der geistigen und schöpferischen Freiheit meint, sie ist ein Gradmesser der Zivilisation. Kultur liefert die Denkanstöße, die die bestehenden Verhältnisse hinterfragen, sie ist der wichtigste Freiraum für Gegenentwürfe in unserer Gesellschaft. Nirgendwo sonst tummeln sich so viele Menschen wie unter den Kulturschaffenden, die andere Lebensmodelle als das der kapitalistischen Leistungsgesellschaft suchen. Kultur ist Lebensqualität, Grundlage persönlicher Selbstentfaltung und gesellschaftlicher Verständigung. Sie allen Menschen zugänglich, erlebbar und umsetzbar zu machen bleibt unsere zentrale Forderung. Kulturelle Angebote müssen auch für ältere Menschen mit geringem erschwinglich und zugänglich sein, auch Freizeit- und Sporteinrichtungen. Die Barrierefreiheit ist Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Kunst und Kultur können einen wichtigen Beitrag in den Kommunen für Verständigung, Toleranz und Integration sowie bei der Bekämpfung von Gewalt und Fremdenfeindlichkeit leisten. Kunst und Kultur sind Orte des öffentlichen Dialogs und werben für Verständnis und Toleranz.

Dringend zu gewährleisten ist mehr Kontinuität und Sachkompetenz bei der künstlerischen Leitung des Kulturzentrums „Alte Post“ und in der langfristigen Programmgestaltung. Die herausragenden Möglichkeiten des Kulturzentrums für hochwertige Ausstellungen, Theater-, Musik- und

Kabarettarbeiten vor allem auf der großen Bühne des Kuppelsaals werden viel zu wenig genutzt. Eine kostenintensive Klimaanlage auf höchstem technischen Niveau dient dort momentan weniger dem Schutz hochwertiger Kunstobjekte, als vielmehr der Belüftung von privaten Veranstaltungen wie Hochzeiten, Geschäftsessen und ähnlichem. Bei allem Verständnis für die Notwendigkeit von Mieteinnahmen, sollte doch der eigentliche Zweck dieser Ausstellungs- und Theaterfläche gewahrt bleiben.

In Zeiten kommunaler Sparzwänge wird wieder zuerst bei Kunst und Kultur, bei Sport und Freizeiteinrichtungen auf der einen Seite der Rotstift angesetzt, auf der anderen Seite werden die Gebühren erhöht. Diese selbstgewählte Abwärtsspirale bringt weiteren Kulturabbau. Kulturabbau heißt aber auch immer Demokratieabbau!

Sport- und Freizeiteinrichtungen sind wichtig für Erholung und Entspannung. Sportliche Betätigung leistet einen wichtigen Beitrag zu Gesundheit, Gemeinschaft und kultureller Teilhabe – von einfachen Übungen im Vorschulalter und dem Schulsport, über sportliche Betätigung während der Berufsjahre, bis hin zu qualifizierter Bewegung im Alter. Der Erhalt der kommunalen Infrastruktur ist eine wichtige Aufgabe. Sporthallen und Sportplätze müssen den Schulen und Vereinen, aber auch vereinslosen Sport Treibenden in Kneipen- oder Betriebsmannschaften in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. Der Zugang zu öffentlichen Sportstätten muss jedem Menschen möglich sein.

Weil er Treffpunkt und für viele ein Mittelpunkt gesellschaftlichen Lebens ist, leistet der Sport auch eine hervorragende Arbeit bei der Integration von Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher Kulturen

**Daraus leitet DIE LINKE Pirmasens die folgenden Schwerpunkte für die Bereiche Kultur und Sport im Stadtrat ab:**

- Einen flächendeckenden „Kulturpass“ für alle Menschen, die in prekären Beschäftigungsverhältnissen stehen oder staatliche Transferleistungen einschließlich Wohngeld beziehen und der unbürokratisch ermäßigte Eintritte in öffentlichen kulturellen Einrichtungen ermöglicht.
- Altersgerechte, aber anspruchsvolle Angebote für Kinder- und Jugendliche und deren Gleichstellung mit Angeboten für Erwachsene.
- Zusammenarbeit mit allen ortsansässigen Schulen zur Förderung einer freien, unabhängigen Kulturarbeit.
- Stärkung und Weiterentwicklung der städtischen Erinnerungskultur. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen ist zu fördern und zu vertiefen.
- Förderung von Auftritten freier Theater- und Musikgruppen. Kommunale Unterstützung bei der Einrichtung von Proberäumen für Theater- und Musikgruppen, Einbehaltung eines „Kulturroschens“ zur Unterstützung zur Förderung der freien Kunst- und Kulturszene aus den Eintrittsgeldern städtischer Kulturveranstaltungen.
- Gegen eine Verflachung der Kultur in Richtung eines konsumorientierten Mainstreams, für kulturelle Vielfalt statt Leitkultur
- Bezahlbare Nutzungsentgelte für städtische Sportanlagen und das Schwimmbad „Plub“ und deutlich ermäßigte Sozialtarife für alle Menschen, die staatliche Transferleistungen erhalten.
- Den Erhalt und Ausbau wohnortnaher Sportstätten, die für alle barrierefrei zugänglich sind.
- Die kommunale Förderung der Einrichtung von Gesundheitszentren durch die Sportvereine mit besonderen Angeboten für Berufstätige, für ältere Menschen, Migrantinnen und Migranten,
- Transparente kommunale Sportentwicklungs- und Investitionspläne und Förderrichtlinien für die Sportvereine, die gemeinsam mit den Vereinen bzw. Sportbünden erarbeitet werden;

besondere Förderung von Vereinen und Projekten mit hohen Anteilen von Kindern, Jugendlichen, Migranten und Menschen mit geringem Einkommen.

- Kommunale Hilfestellung und Beratung für Sportvereine bei der Erarbeitung von Förderanträgen für Investitionen und Projekte an Land und Bund.

### **13. Gegen Rassismus, für eine friedliche Stadtgesellschaft**

DIE LINKE Pirmasens setzt sich für ein Zusammenleben unter einer ehrlichen Akzeptanz und einem respektvollen Umgang mit der Diversität von Menschen jeglichen Hintergrunds ein. Wir wollen keine Gesellschaft, in der Deutsche mit deutschen oder ausländischen Wurzeln oder ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger in einen vermeintlichen Mainstream eingegliedert werden; noch wollen wir eine Gesellschaft, in der Toleranz für „Multikulti“ die unterschiedlichsten Menschen in einem Schmelzkessel vereinheitlicht. DIE LINKE Pirmasens plädiert für eine ganzheitliche, weltoffene Pirmasenser Identität, bei der keine Unterscheidung der Menschen nach ihrer Herkunft, ihrer Migrationsgeschichte oder ihrer familiären Hintergründe gemacht werden. Das gesellschaftliche Ziel ist nicht, Menschen in einen vermeintlichen soziokulturellen Mainstream zu integrieren, sondern sie mit und in ihrer Vielfalt zu akzeptieren.

Dies kann nur gelingen, wenn vor Ort Akzeptanz und Integration gemeinsam gelebt und gestaltet werden. Kommunen brauchen finanzielle Unterstützung, damit sie Konzepte entwickeln und Maßnahmen wirksam umsetzen können. Integrationsarbeit ist daher eine Pflichtaufgabe in der Kommune. Mangelnde Bildungsgerechtigkeit und mangelnde Möglichkeiten der politischen Teilhabe, Rassismus im Alltag, räumliche Abgrenzungstendenzen und die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit bei Menschen mit Migrationshintergrund erschweren die Integration. Asylsuchende, Geduldete und Illegale sind in besonderer Weise von Diskriminierung und Ausgrenzung betroffen.

Wir befürworten lokale Aktionsbündnisse mit anderen Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und anderen gesellschaftlich aktiven Gruppen, um dem Rechtsruck in unserer Gesellschaft Einhalt zu gebieten. Wir folgen der Einsicht, dass die wirklichen Konfliktlinien nicht zwischen Nationalitäten oder Ethnien verlaufen, sondern zwischen Armen und Reichen. Rassismus, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus haben in einer aufgeklärten, toleranten Stadtgesellschaft nichts verloren. DIE LINKE Pirmasens wird allen neofaschistischen, rechtspopulistischen und fremdenfeindlichen Tendenzen entschieden entgegentreten.

#### **DIE LINKE Pirmasens wird sich im Stadtrat für die folgenden Inhalte einer menschenwürdigen Integrationspolitik einsetzen:**

- Akzeptanz der gesellschaftlichen Vielfalt. Es muss eine Abkehr von Integration im Sinne einer vollständigen Assimilation erfolgen und die Chancen von Migration für die gesellschaftliche Entwicklung in den Mittelpunkt gerückt werden.
- Kommunale Obergrenzen in Form des Pirmasenser Zuzugstopps für anerkannte Flüchtlinge lehnen wir ab. Diese Regelung widerspricht der grundgesetzlich garantierten Freizügigkeit und der UN-Flüchtlingskonvention
- Mehr Angebote für Geflüchtete zur interkulturellen Begegnung und Ausbau des Angebots „Deutsch als Zweitsprache“ (DAZ). Gerade für Erwachsene gibt es zu wenige Angebote, welche oft nur ehrenamtlich getragen sind.
- Die Einbeziehung von Migranten- und Migrantinnen-Selbsthilfeorganisationen in die Entscheidungen und die Politik der Kommune.
- Öffentlich geförderte interkulturelle Projekte, insbesondere in der Jugendarbeit und Förderangebote für Kinder mit Migrationshintergrund in Kitas und Schulen.

- Teilnahmeberechtigung an Integrations- und Sprachkursen auch für Asylsuchende und Geduldete.
- Interkulturelle Öffnung und Kompetenzstärkung der Verwaltung, Vorlage eines Integrationsmaßnahmenprogramms und Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Geflüchtete
- Passgenaue Qualifizierungsangebote und Beschäftigungsfördermaßnahmen von Jobcenter und Arbeitsagentur für Geflüchtete

## **14. Gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen**

Rund zehn Prozent der Bevölkerung leben mit anerkannten Behinderungen. Durch vielfältige Barrieren im Alltag, in Verkehrsmitteln, Arbeitsstätten, Bildungseinrichtungen und Behörden ist Teilhabe für sie nur eingeschränkt möglich.

Das derzeitige gegliederte Schulsystem verhindert eine konsequente Inklusion. Kinder im Alter von zehn oder zwölf Jahren auf unterschiedliche Schulformen aufzuteilen, widerspricht dem Konzept der Inklusion. Derzeit werden etwa eine halbe Million Förderschülerinnen und -schüler in Deutschland separat unterrichtet. 75 Prozent von ihnen erreichen nicht einmal einen Hauptschulabschluss. Daher sind immer noch viele Menschen mit Behinderungen ausgesondert: Sie lernen in den genannten Förderschulen, arbeiten in speziellen Werkstätten, Reisen in Behindertengruppen oder werden in Heimen „untergebracht“. Das ist nicht nur diskriminierend für die Betroffenen, es ist auch eine verpasste Chance für die gesamte Gesellschaft.

Es gilt, diese Hürden in baulichen, kommunikativen, rechtlichen und administrativen Bereichen sowie die Blockaden in den Köpfen zu überwinden.

DIE LINKE Pirmasens unterstützt das Recht aller Menschen auf volle Teilhabe und ein gutes Leben. Das schließt inklusive Bildung, reguläre Arbeit und selbstbestimmtes Wohnen in der Gemeinde ebenso ein wie Erholung, Kultur, Freizeitaktivitäten, Reisen und Sport. Grundlage und Maßstab bildet die UN-Behindertenrechtskonvention. Der darin festgeschriebene Inklusionsgedanke bedeutet, dass kein Mensch ausgeschlossen, ausgegrenzt oder an den Rand gedrängt werden darf. Als Menschenrecht ist Inklusion verknüpft mit den Ansprüchen auf Freiheit, Gleichheit und Solidarität.

**DIE LINKE Pirmasens wird im Stadtrat die folgenden Schwerpunktthemen für Menschen mit Behinderungen setzen:**

- Die Umsetzung der UN-Konvention „Für die Rechte behinderter Menschen“ auf kommunaler Ebene.
- Inklusion im Bildungssystem vom Kindergarten bis zur Berufsausbildung
- Kommunaler Beirat für Menschen mit Behinderungen, in dem Betroffene selbst über ihre Belange mitentscheiden. Aufgabe des Beirates ist Förderung der Inklusion und Teilhabe behinderter Menschen in allen Lebensbereichen, wie Bildung, Arbeit, Freizeit, Kultur und Wohnen. Zu diesen kommunalen Aufgaben soll der Behindertenbeirat gehört werden und beratend mitentscheiden.
- Eine reibungslose und personenorientierte Leistungserbringung, eine flächendeckende, sozial und inklusiv ausgestaltete Infrastruktur, einschließlich unabhängiger Beratung.
- Die Kommune muss sicherstellen, dass Informations- und Kommunikationsdienste, insbesondere aber Notdienste barrierefrei nutzbar sind.

- Die Weiterentwicklung wirksamer Fördermaßnahmen zur Eingliederung oder Wiedereingliederung von Menschen mit Behinderungen in den ersten Arbeitsmarkt.

## 15. Eine gute Zukunft für Kinder und Jugendliche

Die Zusammensetzung von Familien, in denen Kinder aufwachsen, hat sich inzwischen verändert. Neben der traditionellen Familiendefinition leben Kinder und Jugendliche in Patchworkfamilien, eingetragenen Lebenspartnerschaften oder mit einem Elternteil. Der Anteil von Alleinerziehenden, die mit Kindern im gleichen Haushalt leben, ist stark gestiegen. Viele Kinder leben in einer Familie mit Migrationshintergrund. Kinder und Jugendliche sind für uns eigenständige Persönlichkeiten. Sie benötigen in allen Lebenssituationen Zukunftsperspektive und gesicherte Angebote an qualifizierter Kinderbetreuung, Schule, kultureller Bildung, Freizeit- und Sportmöglichkeiten. Gerade Kinder und Jugendliche aus armen Familien sind in Schule, Ausbildung, Lehre und gesellschaftlicher Teilhabe massiv benachteiligt. Dabei sind aufgrund der zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung in Arm und Reich kostenfreie Angebote für Kinder und Jugendlichen unverzichtbar. Die Anzahl junger Menschen, die mit ihren Eltern von Hartz-IV-Leistungen leben, nimmt weiter zu – ebenso wie jene der Kinder in Haushalten mit Kinderzuschlag, Wohngeldbezug oder von sogenannten „Aufstockern“. Diese Kinder aus armen Verhältnissen sind von Geburt an benachteiligt, obwohl sie mit den gleichen Möglichkeiten zur Welt kommen. Ein Hauptziel der Kinder- und Jugendpolitik muss daher die Bekämpfung der zunehmenden Kinderarmut werden.

Die Armut der Kinder ist die Armut ihrer Eltern. Deshalb sind die finanziellen Aspekte der Kinderarmut als Querschnittsthema in den Kapiteln Armut bekämpfen, Kita und Schule, ÖNV und weiteren Schnittstellen der Sozialpolitik berücksichtigt.

### **DIE LINKE Pirmasens wird sich darüber hinaus für Kinder und Jugendliche im Stadtrat wie folgt einsetzen:**

- Ein ausreichendes Angebot von gutem und bezahlbarem Wohnraum für Familien mit Kindern.
- Wohnumfeld-Gestaltung mit geringer Feinstaubbelastung, verkehrsberuhigten Straßen und bedarfsgerechten Spielplätzen.
- Den Erhalt von Freiflächen als zwanglosen Treffpunkten und Lernorten sowie die partizipierende Planung und Gestaltung von Spielflächen durch Kinder und Jugendliche; die Öffnung aller Schulhöfe als Spiel- und Aufenthaltsräume.
- Förderung und Unterstützung kostenloser Ferienspielaktionen und kostengünstiger Ferienfreizeiten.
- Hilfsangebote, die an den Interessen und dem Bedarf der betroffenen Kinder und Jugendlichen orientiert sind.
- Elternberatung und Familienhilfe für Familien in schwierigen sozialen Verhältnissen und Ausbau von Beratungsangeboten für Kinder und Jugendliche.
- Eine zehnpromtente Ausbildungsquote für städtische Betriebe und Verwaltung einschließlich einer Übernahmegarantie, Praktikums-Vergütungen in städtischen Betrieben und Verwaltungen.
- Die Schaffung von kommunalen Aus- und Weiterbildungsverbänden unter Beteiligung der örtlichen Stellen wie Berufsschule, Agentur für Arbeit, Jobcenter, Kammern und Stadtverwaltung.

## 16. Altern in Würde

Die höhere Lebenserwartung ist ein großer und erstrebenswerter zivilisatorischer Wert. Wie jeder andere Lebensabschnitt beinhaltet auch das Alter eigene Ansprüche und Bedürfnisse. Alter ist nicht auf Rente, Pflege und Gesundheitskosten zu reduzieren. Die Mitgestaltung von selbstbestimmtem Altern in Würde ist für Seniorinnen und Senioren ein unabdingbares Recht und eine wichtige Verpflichtung für die Kommune.

Zur Sicherstellung der Generationengerechtigkeit in der Kommune fordert DIE LINKE Pirmasens die Erstellung eines langfristig konzipierten kommunalen Altenhilfeplanes. Dieser muss in Zusammenarbeit mit Stadtrat, Verwaltung und Seniorenbeirat die Inhalte und Richtlinien für die kommunale Seniorenpolitik erstellen. Zu berücksichtigen sind hierbei die sich abzeichnenden demografischen und sozialen Entwicklungen sowie die negativen Folgen der Rentenkürzungen und Gesundheitsreform. Vor allem der gesellschaftlichen Ausgliederung der Seniorinnen und Senioren entgegen gewirkt werden. Die Sicherung einer menschenwürdigen Altenpflege muss in kommunaler Verantwortung gewährleistet werden.

**DIE LINKE Pirmasens wird im Stadtrat für folgende Verbesserungen der Lebenssituation älterer Menschen eintreten:**

- Den Verbleib älterer Menschen in ihrem gewohnten Wohnumfeld.
- Bedarfsgerechten und barrierefreien Bau und Ausbau sozialer Wohnformen, die ein altersgerechtes und selbstbestimmtes Wohnen ermöglichen.
- Förderung von Wohnprojekten für Senioren-Wohngemeinschaften und von Mehrgenerationenprojekten.
- Schaffung von dezentralen Einkaufsmöglichkeiten (Genossenschaften oder Vereine) in den Stadtteilen und Vororten.
- Erstellung von einheitlichen Qualitätsstandards für die Heimaufsicht. Berufung der Heimaufsicht durch die Verwaltung unter wesentlicher Mitwirkung des Seniorenbeirates.

## 17. Tierschutz – Für ein respektvolles Miteinander von Mensch und Tier!

Tiere gehören zu unserem Lebensumfeld und sind aus diesem nicht wegzudenken. Da ihre Lebensräume und -weisen stark von unseren Entscheidungen abhängen, benötigen sie unseren besonderen Schutz. Eine im Besonderen von uns abhängige Gruppe der Tiere sind unsere Haustiere. Wir gestalten ihren Lebensraum, entscheiden über ihre Bewegungsfreiheit und bestimmen, welches Futter sie erhalten.

Nicht alle Tierhalterinnen und –halter gehen verantwortungsvoll mit ihrer Aufgabe um. Tiere werden zu Weihnachten verschenkt oder aus rein ästhetischen Gründen gekauft. Über die Bedürfnisse dieser oftmals sehr sozialen Lebewesen wird sich im Vorfeld nicht informiert. Die Folge ist, dass Tiere unter lebensunwürdigen Bedingungen leiden, bis sie sterben oder ausgesetzt bzw. ins Tierheim abgegeben werden, das längst seine Kapazitätsgrenzen überschritten hat.

**DIE LINKE Pirmasens wird sich im Stadtrat für die Umsetzung folgender Maßnahmen einsetzen:**

- Unterstützung und Förderung des Tierheims beim bedarfsgerechten und tiergerechten Ausbau seiner Räumlichkeiten sowie Unterstützung für Tierschutz und Tierpflegeinitiativen.

- Einführung eines kommunalen Gütesiegels für den Tier- und Tierbedarfshandel, welche sich nachprüfbar verpflichten, ihre Tiere artgerecht zu versorgen und Käuferinnen und Käufer sorgfältig über artgerechte Tierhaltung zu informieren.
- Erstellung eines Konzeptes zum Umgang mit streunenden Katzen im Stadtgebiet sowie Erlass einer Sterilisationspflicht für Katzen
- Umsetzung eines städtischen Taubenhauses
- Verbot von Wildtier-Zirkusvorstellungen auf städtischem Gebiet.
- Vorlage eines kommunalen Lichtkonzeptes zur Verminderung der Lichtverschmutzung, die wesentlich zum Insekten und Vogelsterben beiträgt

## **18. Ohne Frieden ist alles nichts**

In den internationalen Beziehungen setzt Deutschland zunehmend auf militärische Eskalation und ist von einer friedlichen Außenpolitik weit entfernt. Deutschland ist weltweit einer der größten Waffen-Exporteure. Deutsche Waffen machen es möglich, dass Konflikte gewaltsam ausgetragen und Kriege geführt werden. Waffen exportierende Länder tragen eine Mitverantwortung für die Flucht und Vertreibung von Millionen Menschen. Diese grundsätzlich falsche Politik trifft direkt die Kommunen, denn sie sind es, die letztlich vor der Aufgabe stehen, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge zu integrieren.

**DIE LINKE Pirmasens ist Teil der Friedensbewegung und wird sich dafür einsetzen, dass Krieg als Mittel der Politik geächtet wird. Wir folgen uneingeschränkt der Botschaft Willy Brandts, dass von deutschen Boden nie mehr Krieg ausgehen darf.**

Die politische Realität sieht leider anders aus. Rheinland-Pfalz ist der letzte deutsche Atomwaffenstandort, von Büchel, Spangdahlem und Ramstein geht tagtäglich Krieg aus. Wir werden mit diesen Kriegsflughäfen keinen Frieden schließen und uns nicht damit abfinden. Wir werden als Teil der Friedensbewegung immer wieder auf Konversion und zivile Nutzung von Militärstandorten drängen. Wir befürworten als Friedenspartei alle Initiativen, mit denen sich Kommunen für atomwaffenfrei erklären. Wir wollen keine Werbeaktionen der Bundeswehr in unseren Schulen und auf öffentlichen Grundstücken und lehnen Tiefflüge über der Eifel, dem Hunsrück, dem Westerwald und der Pfalz ab. Gemeinsam mit den Menschen vor Ort setzen wir uns gegen den Lärmterror und die Gesundheits- und Umweltgefahren ein, die mit den Militärstandorten verbunden sind.

**DIE LINKE Pirmasens: Sozial, gerecht, demokratisch, friedlich, ökologisch!**

**Verabschiedet auf der Mitgliederversammlung der LINKEN Pirmasens am 27. März 2019**